

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**



## Steuerimpulse

für gleichwertige  
Lebensverhältnisse

**Eingruppierung  
demokratisieren**  
Interview zur Lehrkräfte-  
Entgeltordnung

**Mindestlohn**  
Auch im öffentlichen  
Dienst ein Thema

## INHALT

**Titel**

Bund-Länder-Finanzbeziehungen  
von Achim Meerkamp 4

**Aus dem Bund** 7**Interview**

GEW-Vorstandsmitglied Andreas Gehrke  
über die Lehrkräfte-Entgeltordnung 9

**Aus den Ländern** 10**Aus den Gewerkschaften**

Viel Post wegen der Post 15

**Aufruf**

Kundgebungen zur Tarif- und  
Besoldungsrunde 2015 17

**Vermischtes** 18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,  
oeb@dgb.de  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Alexander Haas, Lisa Kranz, Mirjam Muhs,  
Matthias Poser, Henriette Schwarz  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:  
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte,  
Fuchslochweg 1, 74933 Neidenstein  
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573,  
infoservice@beamten-informationen.de,  
www.beamten-magazin.de  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Titelgrafik: Alf  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 22. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Foto: DGB/Simone M. Neumann

**Mirjam Muhs**

Politische Referentin  
Abteilung Öffentlicher Dienst  
und Beamtenpolitik beim  
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

das Gebot der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ist im Grundgesetz verankert. Überall – in Berlin, Dessau, Würzburg, im Odenwald oder in der Uckermark – müssen die Bürgerinnen und Bürger den gleichen Zugang zu Kindergartenplätzen, Schulen und Krankenhäusern haben. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass Polizei und Feuerwehr im Notfall in wenigen Minuten vor Ort sind. Bildung, Gesundheit, Forschung, Sicherheit, Wasserversorgung, Wohnungsbau und Mobilität – in all diesen Bereichen muss die öffentliche Hand die Teilhabe aller Regionen und aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

Doch schon längst gibt es auf dem Land Gegenden, in denen nur tagsüber besetzte Posten die Polizeiwachen ersetzen. Wer dort in den Abendstunden klingelt, spricht mit Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst in einer viele Kilometer entfernten Wache tun. In vielen Schulen ist das Personal knapp, Geld für Sachmittel wie Bücher und Unterrichtsmaterialien fehlt. Regionalbahnstrecken werden eingestellt, ganze Regionen damit abgehängt. In den Ballungsgebieten steigen die Mieten. Sozialer Wohnungsbau findet nicht mehr ausreichend statt. Einkommensschwache – zunehmend aber auch Normalverdiener – werden buchstäblich an den Rand gedrängt.

Je weiter sich der Staat aus bestimmten Bereichen zurückzieht, desto mehr hängt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, hängen die Entwicklungschancen junger Menschen vom Wohnort und vom Geldbeutel ab. In seinem Beitrag „Steuerimpulse für solidarische und gleichwertige Lebensverhältnisse“ plädiert Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, dafür, die Chance zu ergreifen, mit einer Neuordnung der Finanzbeziehungen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen und die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern.

Mit freundlichen Grüßen



# BUND-LÄNDER Finanzbeziehungen

Steuerimpulse für solidarische und gleichwertige Lebensverhältnisse  
von Achim Meerkamp

Im Jahr 2019 laufen die Regelungen zum Länderfinanzausgleich aus. Bis Mitte der laufenden Legislaturperiode will die Regierungskoalition die Bund-Länder-Finanzbeziehungen reformieren. Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, plädiert dafür, die Chance zu ergreifen, mit einer Neuordnung der Finanzbeziehungen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen und die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sichern.

## Der öffentliche Dienst ist unterfinanziert

Sachsen und Sachsen-Anhalt schließen ganze Universitätsinstitute. Tausende Studienplätze gehen verloren. Hamburg kürzt bei der sozialen Arbeit. Baden-Württemberg zum Beispiel zahlt seinen Beamtinnen und Beamten die Tarifierhöhung nur mit zeitlicher Verzögerung. Für dringend notwendige Investitionen in Krankenhäuser oder den ÖPNV ist künftig nicht mehr, sondern womöglich weniger Geld da.

Seit Jahrzehnten wird gespart beim Personal und bei öffentlicher Infrastruktur: Bürgerinnen und Bürger erhalten nicht mehr den Service, den sie erwarten dürfen. Wir erleben es gerade bei den Berliner Bezirksämtern, die tageweise schließen müssen, um liegen gebliebene Anträge abzuarbeiten. Jugendhäuser werden geschlossen, obwohl alle Akteure den volkswirtschaftlichen Wert präventiver Jugendarbeit betonen. Schulen verfallen, Straßen werden nur notdürftig geflickt –

die Bugwelle notwendiger Infrastrukturinvestitionen wird immer höher. Die Beispiele zeigen deutlich: Der öffentliche Dienst in diesem Land ist unterfinanziert. Trotz massiver Kürzungen werden einige Länder es absehbar nicht schaffen, bis 2020 ihre Haushalte auszugleichen, wozu sie aber die vereinbarte Schuldenbremse zwingt.

### Veränderte Anforderungen an die öffentliche Hand

Dabei ändern sich Lebenswelten in Deutschland und damit die Anforderungen an die öffentliche Hand:

Der Anspruch auf einen Krippenplatz hilft, dass Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können. Doch Kommunen können den Ausbau finanziell kaum stemmen, die Qualität der Arbeit in den Einrichtungen leidet.

Die Soziallasten für die Kommunen steigen: Nicht nur die zunehmende Anzahl von Geringverdienern, auch veränderte Familienkonstellationen und eine verstärkte Kinderarmut sind die Ursache dafür, dass die sozialen Leistungen der Gemeinden in den letzten dreizehn Jahren um 80 Prozent gestiegen sind. Das Thema Inklusion fordert in erster Linie die Kommunen und wird mit dafür sorgen, dass die Anforderungen weiter zunehmen. Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen werden die Kommunen vor enorme Integrationsaufgaben gestellt, die sie nicht zum Nulltarif stemmen können.

Die Altersstruktur der Bevölkerung bringt einen notwendigen Wandel bei den öffentlichen Dienstleistungen mit sich. Den veränderten Anforderungen durch den gesellschaftlichen und demografischen Wandel können die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unter den herrschenden Bedingungen nur unzureichend bzw. nur unter erheblichen Belastungen gerecht werden.

### Neuregelung der föderalen Finanzen – unübersichtliche Gemengelage

Dabei ist die Ausgangslage bei den Bundesländern und erst recht bei den Kommunen höchst unterschiedlich. Nach wie vor können die ostdeutschen Länder und Kommunen aufgrund eines geringeren Steueraufkommens sehr viel weniger eigene Einnahmen generieren. Gerade in strukturschwachen Regionen besteht – unabhängig von der Himmelsrichtung – ein höherer Bedarf an Sozialleistungen. Angesichts der im Jahr 2019 auslaufenden Regelungen zum Länderfinanzausgleich sind die Erwartungen an eine Neuregelung der föderalen Finanzen enorm. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres hat eine Arbeitsgruppe aus den Finanzministerinnen und -ministern der Länder mit dem Bundesfinanzministerium um einen Reformkompromiss gerungen. Zuletzt wurde in der Öffentlichkeit die Integration des Solidaritätszuschlages, dessen Aufkommen von momentan rund 14 Milliarden Euro bisher alleine dem Bund zufällt, in die Einkommensteuer disku-

tiert. Dadurch würden künftig Länder und Kommunen über die Hälfte des Aufkommens automatisch erhalten. Doch unabhängig davon, dass dieser Vorschlag einige Nachteile hätte und neue Ungerechtigkeiten produzieren würde, scheint er wieder vom Tisch. Das Ziel, bis Ende 2014 Eckpfeiler für eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu setzen, wurde verfehlt. Die Gemengelage ist unübersichtlich: Die Interessenlagen der Länder verlaufen angesichts der vielen Facetten, die das Thema bietet, quer zu den üblichen Parteilinien. Es geht um viel Geld und damit um die politische Handlungsfähigkeit. Allein über den Länderfinanzausgleich im engeren Sinne wurden im letzten Jahr 9,05 Milliarden Euro verteilt. Insgesamt wird über die föderalen Finanzströme ein Mehrfaches dieser Summe verteilt (siehe Schaubild).

### Struktur und Volumen des Finanzausgleichs im Jahr 2013



Quelle: Bundesfinanzministerium, ver.di

### Chance ergreifen

Die Zeit angesichts der auslaufenden Regelungen im Jahr 2019 drängt: Die Koalition will bis Mitte der laufenden Legislaturperiode eine Einigung erreichen. Im Kern wird es darum gehen müssen, wie gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland geschaffen werden können. Hierfür braucht es weiter ein solidarisches System. Einen Wettbewerbsföderalismus, wie er insbesondere aus dem südlichen Freistaat gefordert wird, lehnt ver.di ab. Mehr Steuerautonomie für die Länder würde die regionalen Unterschiede weiter verstärken und ganze Landstriche und deren Bevölkerung abkoppeln von der

Die ver.di-Broschüre  
**„Solidarisch und gleichwertig –  
 zur Zukunft des Länderfinanz-  
 ausgleichs“** (September 2014)  
 bietet weitere Einblicke in das  
 Thema. Verfügbar unter  
**[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)**

wirtschaftlichen Entwicklung. Für einen stabilen und handlungsfähigen öffentlichen Dienst, der den Anforderungen der Zukunft gerecht werden kann, sind steuerpolitische Impulse nötig. Wohin will diese Bundesrepublik? Diese Frage muss beantwortet werden. Solange die „schwarze Null“ wie eine Monstranz vorneweg getragen wird, läuft die Verteilungsdebatte, wie wir sie in den letzten Monaten erlebt haben. Jede und jeder kämpft für eigene Interessen. Schließlich „hört beim Geld die Freundschaft auf“, zudem erschwert das Diktat der Schuldenbremse die Verhandlungen.

Es bietet sich ein verhältnismäßig kleines Zeitfenster, um die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Land sowie unter den Ländern auf neue Füße zu stellen. Eine Chance, die sich so auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, nicht wieder bieten wird. Diese Chance muss ergriffen werden.

#### Anforderungen an das Reformpaket

Aus ver.di-Sicht gehören folgende Inhalte in das Reformpaket:

- Wer bestellt, bezahlt! – Die Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom Bund bezahlt werden. Dabei müssen die Länder dafür sorgen, dass die Mittel den Bedarfen entsprechend bei den Kommunen ankommen.
- Der auslaufende Solidarpakt II muss durch einen Solidarpakt III ersetzt werden, der nicht nach Himmelsrichtungen

sondern nach Bedarfen strukturschwache Regionen in Ost- und Westdeutschland fördert, die Einnahmen aus dem Soli-Zuschlag sind zu erhalten und hierfür zu verwenden.

- Die besonderen Bedarfe von Stadtstaaten und besonders dünn besiedelten Flächenländern müssen beim Finanzausgleich weiter berücksichtigt werden. Bundesländer, deren Einwohnerzahl schrumpft, müssen in die Lage versetzt werden, sich auf die demografischen Herausforderungen einzustellen.
- Um Länder, Städte und Gemeinden von den Zinszahlungen zu entlasten und ihnen wieder Handlungsfreiheit zur Bewältigung dringender Zukunftsaufgaben zu geben, muss ein Altlastenfonds eingerichtet werden, der Länder und Kommunen mit einbezieht.
- Die Finanzkraft der Kommunen muss bei der rechnerischen Bestimmung der Finanzkraft der Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs vollständig berücksichtigt werden. Denn die Finanzkraft der Länder bestimmt sich auch maßgeblich durch die Finanzkraft ihrer Kommunen.
- Die Anwendung länderspezifischer Zuschlagsätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer lehnen wir ab. Hingegen sind die bundeseinheitlichen Standards beim Steuervollzug zu verbessern und deren personelle Absicherung durchzusetzen.

Angesichts der Bedeutung muss über den solidarischen Finanzausgleich eine breite gesellschaftliche Debatte geführt werden. Verhandlungen im kleinen Kreis hinter verschlossenen Türen werden keine nachhaltigen, breit akzeptierten Ergebnisse bringen.



„Als Berufseinsteigerin bekomme ich einen einmaligen Bonus und staatliche Zulagen.“

**DGB**

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente

mit dem zusätzlichen Plus

für Gewerkschaftsmitglieder

**[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)**



# „Beamten-Magazin“ und „Wissenswertes“



für nur **19,50 Euro**  
(inkl. Versand)

&



Sie interessieren sich für Änderungen und Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrecht bei Bund und Ländern und wollen auf dem Laufenden bleiben? Sichern Sie sich das BEAMTEN-MAGAZIN im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Zum Komplettpreis von 19,50 Euro liefern wir Ihnen ein ganzes Jahr lang bequem nach Hause

- **1 x monatlich** das BEAMTEN-MAGAZIN
- **1 x jährlich** (im Frühjahr) die aktuelle Jahresausgabe des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

Wir  
übernehmen  
das Porto

## Antwort

**INFO-SERVICE**  
**Öffentlicher Dienst/Beamte**  
**Fuchslochweg 1**  
**74933 Neidenstein**

## Publikationen für den öffentlichen Dienst und Beamtinnen und Beamte

Anzahl	Bestell-Nr.	Taschenbücher & Ratgeber	Einzelpreis	Gesamt
	IS 2007	Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte	7,50	
	IS 2006	Neuordnung des Beamtenrechts	7,50	
	1 06 01	Rund ums Geld im öffentlichen Dienst	7,50	
	2 01 01	Beamtenversorgung	7,50	
	3 01 01	FrauenSache im öffentlichen Dienst	7,50	
	4 01 01	Beihilfe	7,50	
	5 01 01	Nebentätigkeitsrecht	7,50	
	7 01 01	Gesundheit von A-Z	7,50	
	8 01 01	Berufsstart im öffentlichen Dienst	7,50	
	9 01 01	Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst	7,50	
Summe zzgl. 2,50 Euro Versand				

**Ja**, ich möchte ab sofort von den Vorteilen des Doppelpacks „**BEAMTEN-MAGAZIN & Wissenswertes**“ profitieren und zahle jährlich 19,50 Euro (inkl. MwSt. und Versand).

**Ja**, ich möchte das Taschenbuch „**Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte**“ auch in den Folgejahren erhalten und zahle daher den Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versand.

**Ja**, ich möchte kostenlose Informationen zur staatlichen Förderung der Altersvorsorge und zum Altersvorsorgepaket „**Das RentenPlus**“ erhalten.

### Absender

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Tel.:

E-Mail:

### Ich zahle bequem per Lastschriftinzug

Konto-Nr.:

Bank:

BLZ:

Unterschrift:

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft  
 IG BAU  IG BCE  EVG  GEW  GdP  ver.di  Andere .....  
 und zahle für jedes Buch den Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versand.

Bestellungen: Tel: **0211 72134571** Fax: **0211 72134573** Web: **www.beamten-informationen.de**